

Stellungnahme von Pascal Arimont im Namen der CSP

TTIP/CETA/TISA – Verhandlungen zu Freihandelsabkommen transparent und demokratisch gestalten – Keine Gefährdung hoher europäischer Standards!

1. TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership)

Das transatlantische Freihandelsabkommen zwischen den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union steht bereits seit Monaten im Zentrum heftiger Debatten.

Ziel des geplanten Abkommens ist es, einen riesigen Binnenmarkt zwischen den beiden Verhandlungsparteien zu schaffen, der einen normalen Freihandel deutlich übersteigt.

Durch den Abschluss eines solchen Abkommens soll Wachstum geschaffen und die Gefahr der Blockaden durch eine Reihe multilateraler Verhandlungen vermieden werden. **Auf diese Weise prallen allerdings zwei Märkte und zwei sehr verschiedene wirtschaftliche und soziale Systeme aufeinander.**

Grundsätzlich sprechen wir uns für Freihandel auf internationaler Ebene aus. Dabei ist es unbedingt erforderlich, völlig unnötige Handelsbarrieren (wie gleichartige Zertifizierungsverfahren) abzuschaffen und überhöhte Zölle zu verringern, um den Unternehmen einen fairen Zugang zu den anderen Märkten zu gewähren. Dies darf allerdings nicht auf Kosten von Standards gehen, die in Europa in einem demokratischen Prozess entwickelt und zum Schutz der Konsumenten oder Arbeitnehmer entwickelt worden sind. Die Art und Weise, wie die bisherigen Verhandlungsrunden geführt wurden, sowie die momentane Fassung der veröffentlichten Texte bergen eine Gefahr der Senkung europäischer Standards in sich.

Übrigens droht der tatsächliche wirtschaftliche Gewinn, der für Europa durch das Abkommen entsteht, bescheidener auszufallen, als von offizieller Seite gerne propagiert wird. Es wird keinen positiven Einfluss für alle europäischen Märkte geben: Einer umfassenden Studie zufolge, die von der Europäischen Kommission in Auftrag gegeben wurde¹, würde das europäische Bruttoinlandsprodukt bestenfalls um gerade einmal 0,48 Prozent steigen – und das auch erst 12 Jahre nach der Umsetzung.²

Die Europäische Kommission hat diese Verhandlungen lange Zeit völlig intransparent und auf Basis eines ausschließlich durch den Rat erteilten Verhandlungsmandates geführt, dass keine echten Garantien für die europäischen Standards beinhaltet.

Wir fordern daher einen Stopp der aktuellen Verhandlungen und eine Neuverhandlung des Verhandlungsmandates, in dem klare und verbindliche Grenzen festgehalten werden müssen,

¹ Centre for Economic Policy Research, *Reducing Transatlantic Barriers to Trade and Investment* (London, 2013).

² *Ibid.*, S. 46.

insbesondere, wenn es um soziale, umweltpolitische oder Verbraucherschutzrechtliche Prinzipien geht.

Für uns sollte eine Wiederaufnahme der Verhandlungen an folgende Bedingungen geknüpft sein:

1. **Revision des Verhandlungsmandates** mit klaren Angaben zu den zu verhandelnden Punkten. Dieses Mandat muss auf Basis einer breiten Debatte im Europäischen Parlament definiert werden. Das Mandat darf nicht wie bisher hinter verschlossenen Türen entstehen. Auch die nationalen Parlamente und europäischen Sozialpartner sollten am Dialog beteiligt werden.
2. **Klare Grenzen definieren:** Ein neues Verhandlungsmandat sollte klare Grenzen definieren, was die elementaren Standards unseres europäischen Modells angeht. Das zählt für den Bereich der Lebensmittel (Ausschluss der Nutzung genmodifizierter Organismen, kein Einsatz von Wachstumshormonen, etc.), den Umweltschutz oder die soziale Gesetzgebung. Auch Dienstleistungen öffentlichen Interesses (wie Trinkwasser, Gesundheit, Bildung) sollten ausgeklammert werden. In all diesen Punkten verfügt Europa über hohe Standards, die wir nicht aufs Spiel setzen wollen. Ein Abkommen sollte ebenfalls Bestimmungen zur Finanzmarktregulierung, zum Datenschutz und zur Vermeidung von Steuerschlupflöchern enthalten.
3. **Abschaffung der Investorenschutzklausel:** Durch die vorgesehene Investorenschutzklausel könnte die Regulierungskompetenz der nationalen und des europäischen Gesetzgebers stark eingeschränkt werden. Investor-Staat-Streitbeilegungsverfahren müssten vor internationalen Schiedsgerichten ausgetragen werden und könnten von multinationalen Unternehmen dazu genutzt werden, gegen „zu hohe“ Standards zu klagen. Zwischen zwei Partnern, die über ausgeprägte rechtsstaatliche Strukturen verfügen, ist ein solches Streitbeilegungsverfahren nicht notwendig.
4. Es sollte eine **Studie** nicht nur über die möglichen wirtschaftlichen, sondern auch über die **sozialen und umwelttechnischen Auswirkungen** eines solchen Abkommens durchgeführt werden. Wichtig wäre es zu erfahren, wie sich das Abkommen auf das belgische Bruttoinlandsprodukt auswirken würde. Insbesondere sollte zudem untersucht werden, wie die konkreten Folgen für die hiesigen KMU aussehen.

Wenn wir unser europäisches Modell – dessen hohe Standards selbst von Kritikern als solche angesehen werden – schützen wollen, brauchen wir klare Regeln für die Verhandlungen. Die bisher völlig intransparente Durchführung der Verhandlungen entspricht diesem Grundsatz nicht. Sie gibt vielmehr Grund zu ernsthaften Befürchtungen.

Die Verhandlungen müssen unbedingt transparenter und demokratischer werden. Insbesondere die gewählten Vertreter des Europaparlaments müssen wesentlich stärker als bisher eingebunden werden. Ansonsten können die europäischen Bürger diesem Freihandelsabkommen mit den Vereinigten Staaten nicht vorurteilsfrei gegenüberstehen.

2. CETA (Comprehensive Economic and Trade Agreement)

Die Europäische Kommission hat bei dem Freihandelsabkommen CETA die Verhandlungen mit Kanada bereits abgeschlossen.

Die gleichen Erwägungen, die für die Verhandlungen zum TTIP oben angeführt wurden, können und müssen auch auf die Verhandlungen für das CETA angeführt werden.

Dieses ausgehandelte Vertragswerk umfasst mehr als 1.600 Seiten und besticht durch Undurchsichtigkeit.

Das Europäische Parlament muss diesem Vertragswerk zustimmen, damit es in Kraft treten kann. Es ist noch nicht abschließend geklärt, ob es sich um ein so genanntes gemischtes Abkommen handelt, dass der Ratifizierung sämtlicher nationaler (bzw. regionaler) Parlamente bedarf.

Es sollte dringend eine Studie über die möglichen wirtschaftlichen, sozialen und umwelttechnischen Auswirkungen eines solchen Abkommens durchgeführt werden.

Auf Basis dieser Studie sollte dann entschieden werden, ob Neuverhandlungen mit einem abgeänderten Verhandlungsmandat begonnen werden sollen.

Wir fordern zudem die ersatzlose Streichung der in CETA beinhalteten **Investorenschutzklausel**.

Sollte das CETA-Abkommen dem europäischen Parlament bzw. den nationalen und regionalen Parlamenten nicht in abgeänderter Form vorgelegt werden, werden wir dagegen stimmen.

3. TISA (Trade in Services Agreement)

Dieses Abkommen wird zurzeit von 23 Parteien (inkl. USA und EU) verhandelt, um weltweit Dienstleistungen zu liberalisieren.

Die Verhandlungen werden seitens der Europäischen Kommission seit 2012 geführt.

Auch hier fordern wir ähnlich wie bei den Verhandlungen zum TTIP:

- Einen Stopp der Verhandlungen, um das Verhandlungsmandat neu zu definieren.
- Die Definition von klaren Grenzen zum Schutz europäischer, bzw. nationalstaatlicher Standards.
- Eine Studie über die möglichen wirtschaftlichen, sozialen und umwelttechnischen Auswirkungen eines solchen Abkommens.